

# Einbürgerung ist der Schlüssel zur Integration

Mit der Verabschiedung des Zuwanderungsgesetzes ist auch die Integration der bereits in Deutschland lebenden Migrantinnen und Migranten wieder ins Blickfeld gekommen. Das neue Gesetz schafft die Grundlage für die Einrichtung von Integrationskursen. Wichtigstes Integrationsinstrument bleibt indessen die Einbürgerung.

Die Einbürgerungen von Zuwanderern haben nach der Einführung des neuen Staatsbürgerschaftsrechts zum 1. Januar 2000 zwar nicht im erhofften Maße zugenommen, aber dennoch werden immer mehr Menschen insbesondere türkischer, bosnischer, maghrebinischer und persischer Abstammung Deutsche. Damit tun sie einen oft letzten und entscheidenden Schritt zur Integration in Deutschland und gewinnen die unerläßliche politische Teilhabe. Gerade für die dritte und vierte Generation wird dieser Schritt immer selbstverständlicher, da sie in viel größerem Maße als ihre Eltern und Großeltern, die sich gedanklich oft noch die Rückkehr in die Türkei offenhielten, auf Gleichstellung in der neuen Heimat be-

dacht sind. Um diese Gleichberechtigung geht es ihnen: Sie wollen mitreden und sich nicht assimilieren. In ihrem Weltbild haben Islam und plurale Demokratie damit gleichermaßen ihren Platz.

Diese Selbstverständlichkeit teilt die aufnehmende Gesellschaft indessen noch keineswegs. Auch bestehen unter den neuen Deutschen ganz andere Loya-

litäten. Man kann sich nur schwer vorstellen, daß Deutsche türkischer Herkunft bei einem Fußballspiel zwischen Deutschland und der Türkei die deutsche Fahne schwingen. Dies widerspricht trotzdem nicht der Tatsache, daß man sich mit den Werten und der Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik identifiziert, die Politik in der neuen wie in der alten Heimat gleichermaßen kritisch begleitet und starke Sympathien für einen EU-Beitritt der Türkei hegt.

Etwas anders sieht es bereits auf der lokalen und regionalen Ebene aus, wo auch unter den Neudeutschen mitunter starke Heimatgefühle Platz greifen. Sehr deutlich wird dies etwa im Ruhrge-

biet. Wenn sich junge Türken im Ruhrgebiet begegnen und fragen: „Woher kommst du?“, meinen sie nicht mehr den Heimatort in der Türkei, sondern Essen, Bochum oder Dortmund. Hierin wird greifbar, daß Integration immer an Ort und Stelle stattfindet, dort, wo die Menschen leben.

In den letzten Jahren haben von den 2 650 000 türkeistämmigen Migrantinnen und Migranten knapp 750 000 die deutsche Staatsangehörigkeit erworben. Dies sind noch immer zu wenige. Deutlich wird dies mit Blick auf die Migrationszentren wie das Ruhrgebiet oder Berlin. Die Mehrzahl der Zuwanderer bleibt hier von der politischen Entscheidungsfindung aufgrund des fehlenden Wahlrechts ausgeschlossen, eine effektive Vertretung ihrer Interessen ist

ihnen nicht möglich. Nur durch Wahlen funktioniert aber letztlich die Artikulation von Bürgerinteressen. Alles Bemühen um Bürgerbeteiligung der Zuwanderer und die Entwicklung von letztlich immer auch auf der Außensicht beruhenden Fördermaßnahmen, Projekten und sonstigen Interventionen kann dieses

Defizit nicht ausgleichen. Aufgrund der Tatsache, daß angesichts der allgemeinen demographischen Entwicklung der Ausländeranteil in den nächsten Jahren gerade in den besonders zuwanderer-starken Stadtvierteln noch weiter ansteigen könnte, besteht die Gefahr der Abkopplung dieser Stadtteile von der Stadtentwicklung. Das gleiche gilt sinngemäß in den nächsten Jahrzehnten auch für die Gesamtstädte und die Durchsetzung ihrer Interessen in der Bundes- und Landespolitik. Nicht die Segregation in Städten ist das primäre Problem, sondern daß die politische Partizipation in ethnisch segregierten Quartieren nicht gewährleistet ist. Gleichermaßen gilt insgesamt: Demokratie lernt nur derjenige schätzen, der selbst mitbestimmen kann. Die weitere Förderung der Einbürgerung ist damit nicht nur ein Aspekt von Integrationspolitik, sondern, viel mehr als Sprach- und Integrationskurse, ihr Schlüsselinstrument.

Der Verfasser ist Direktor der Stiftung Zentrum für Türkeistudien - Türkiye Araştırmalar Merkezi Vakfı - Institut an der Universität Duisburg-Essen.